

Die Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 1.20 Mark, vierteljährlich 3.60 Mark, durch die Post 1.40 Mark auswärts einschließlich Zustellungsgebühren. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen. In amtlichen Zeitungen, Verzeichnissen und Social-Zeitungen eingetragene, für unentgeltlich eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe "Social-Zeitung" gestattet. Verkauf der Einzelhefte Nr. 1140, der Anzeigen-Abteilung Nr. 1142, der Sezags-Abteilung Nr. 1153; Postfach-Roma Leipzig Nr. 4609.

Soziale-Zeitung

Einundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die Doppelstunden Sonntagmorgen oder deren Raum mit 30 Pf. berechnet und in unsern Annoncenstellen und allen Postigen-Verzeichnissen angenommen. Refusum der Zeile 1 Mill. Schluss der Anzeigen-Annahme vormittags 11 Uhr, für die Communionnummer abends 6 Uhr. Fidejussionen von Postgenossenschaften, sonst solche zahlung frei, müssen freilich erfolgen. Erfüllungsort: Halle a. S. Erscheinung täglich zweimal. Sonntags einmal. Geschäftsstelle: Halle a. S., Dr. Bauhausstraße 17. Neben-Geschäftsstelle Markt Nr. 24.

Nr. 445.

Halle, Sonnabend, den 22. September

1917.

Die letzte Kriegsanleihe.

Wir stehen am Endkampf.

Die Stunde der französischen Sozialisten.

Von unserem Korrespondenten.

Bern, Mitte September.

Der Sozialismus regiert heute in Frankreich die Stunde, zum ersten Male in der Geschichte der dritten Republik, wo er bisher weder im Frieden noch im Kriege eine entscheidende, oder auch nur bedeutende Rolle zu spielen vermochte. Zum ersten Male haben die französischen Sozialisten ein Kabinett geführt, denn Herr Ribot ist nicht der Affäre Almerida und dem Antritt der Nationalisten und Radikale vollständig zum Opfer gefallen, obwohl er dadurch zuerst ins Wasser gedrückt wurde, sondern der Regierung der Sozialisten, ihr Vertrauen weiter dem Mann zu schenken, der ihnen die Hilfe zur Fahrt nach der Stadtthaler Konferenz beharrlich verweigerte. Diesen Sieg über die Regierung des Präsidenten Poincaré und seinen großen Vertrauensmann würden die Sozialisten niemals haben erringen können, wenn der „Bonnet Rouge“-Skandal eine Ministerliste nicht gerade während der Parlamentsferien provoziert hätte, denn die sozialistische Kammerfraktion ist zu schwach, um auf parlamentarischen Wege ein Kabinett zu führen. Die französischen Sozialisten konnten nur zu einer Zeit, wo die Kammer nicht tagte, einen entscheidenden Einfluss auf die innerpolitische Entwicklung Frankreichs ausüben: sie haben die Gelegenheit wahrgenommen, und endlich einmal ist es ihnen gelungen, in einer Reihe hervorzu treten, wie sie zwar nicht die Zahl ihrer Siege im Parlament, wohl aber die ständig wachsende Menge ihrer Anhänger im Volk vergrößert und lockert.

Das Scheitern der bisherigen Kabinett-Kombinationen an der Haltung der sozialistischen Führer Thomas und Renaudel ist der größte politische Erfolg, den die Sozialisten in Frankreich jemals erzielt, und jetzt sehr deutlich, wie groß die Macht des Sozialismus während des Krieges allmählich in der dritten Republik geworden ist. Aus den Debatten der Kammer läßt sich diese Macht nicht erkennen, eben weil die sozialistischen Abgeordneten im Palais Bourbon eine allzu kleine Minderheit bilden, die leicht überstimmt wird, oder wenn ein Politiker wie Painlevé, der gemäß dem Sozialist ist und seiner sozialistischen Neigungen verächtlich erhebt, sich kategorisch weigert, ein Minister-Portfolio in einem Kabinett zu übernehmen, aus dem die Sozialisten ausgeschlossen wären, so beweist diese Haltung des bürgerlichen Staatsmannes einfach, daß er eine Regierung ohne Sozialisten im heutigen Frankreich für nicht lebensfähig hält, weil heute hinter Renaudel, Thomas und Doumergo so große Volksmassen stehen, daß es unmöglich ist, ohne ihre politische Mitwirkung den Krieg weiterzuführen. Painlevé ist kein größerer Sozialist, denn als Ribot, er ist der Stadtthaler Konferenz ebenso feindselig gesinnt und bringt den sozialen Forderungen der französischen Arbeiter genau so geringes Verständnis entgegen, aber er ist ein weitblickender Politiker, und er hat erkannt, daß die Stunde des Sozialismus gekommen ist und daß es nicht mehr möglich ist, die Ziele der politischen Art zurückzuweisen.

Im diesem Sieg der Sozialisten, die sehr viel der russischen Revolution und ihrem ungeheuren Einfluß auf die französische Arbeiterwelt verdanken, können alle wütenden Angriffe Clemenceaus und der Pariser Nationalisten nichts mehr ändern. Die französischen Nationalisten werden den künftigen Kabinetten in Frankreich den Stempel ihres Geistes aufdrücken, oder sie werden ihnen völlig fernbleiben, was die schwersten Folgen für die kriegerische bürgerliche Gesellschaft der dritten Republik haben müßte. Die Bedingungen, welche die Sozialisten für ihre Teilnahme an Regierungsgeschäft stellen, sind fast unmissen: Abschaffung der politischen Zensur, verstärkte parlamentarische Kontrolle über die Kriegführung, energische Maßnahmen gegen den Lebensmittelwucher, Beseitigung aller militärischen Ausnahmebestimmungen gegen die Arbeiter, endgültige Weisung von den bunten Fäden der Geheimdiplomatie. ... Das sind die sozialistischen Forderungen, und wenn sie auch nur zum Teil erfüllt werden sollten, so würde es doch schon eine gewaltige, fast unerhörte Umwälzung für Frankreich bedeuten. Auch daß sich ein heute mit sozialistischer Unterstützung gebildetes Kabinett gegenüber der Stadtthaler Konferenz auf einen ganz anderen Standpunkt stellen wird, als feinerseit das Ministerium Ribot liegt wohl auf der Hand.

Die Kammerverhandlungen.

Bern, 20. September. Zur gestrigen Sitzung der französischen Kammer melden die „Yvonne Wälder“ ergänzend: Clemery erklärte, man müsse Painlevé dafür danken, daß er den Truppen einen Generalissimus gegeben habe, der ihnen Vertrauen einflößt, aber dieser Führer könne nicht alle Faktoren nicht rein militärischer Art, wie beispielsweise den U-Boot-Krieg, übersehen. Er wünscht, auch nicht die Tageweise der russischen Revolution und des Eingreifens der Vereinigten Staaten erkennen. Die russische Anordnung

Karlsruhe, 21. September. In einer Rede, die Reichoberspräsident Savonitin gestern in Frankfurt a. M. hielt, führte er aus: „Unsere Kriegsanleihen sind Vaterlandsdienst geworden, und bis in die kleinsten Sparkreise lebt heute das Gefühl: Kriegsanleihe persönlich ist die allgemeine Wehrpflicht der Daheimgebliebenen. Wir brauchen den starken Erfolg der Anleihe, weil wir das große Gemeinsame zwischen Heer und Heimat brauchen. Es ist die höchste Anleihe, die wir aufbringen wollen, und, will's Gott, die letzte der Kriegsanleihen, dem Kriege noch dienend, doch schon dem Frieden die Wege ebnend. Denn wir stehen am Endkampf. Militärisch stehen wir so günstig wie nie zuvor. Dafür liegt uns das Wort Hindenburg, Angebrochen und unerhört steht auch die deutsche Wirtschaftskraft, und die Sparkraft des deutschen Volkes ist unvermindert.“

Der amtliche österreichisch-ungarische Heeresbericht.

WTB. Wien, 21. September. Amtlich wird verkauft: Ein italienischer Angriff gegen unsere Stellung wurde durch die tapfere Besatzung mit vorzüglicher Mitwirkung der Artillerie im Nahkampf abgefangen. Neben erheblichen blutigen Verlusten büßte der Feind hier 4 Offiziere und 100 Mann an Gefangenen ein. Sonst auf allen Kriegsschauplätzen keine besonderen Ereignisse.

Der Chef des Generalstabes.

Der amtliche deutsche Heeresbericht vom Abend.

WTB. Berlin, 21. September, abends. (Amtlich.) In Flandern nachmittags fünf Heerender Artilleriekampf, abends örtliche Infanteriegefechte. Auf dem linken Düna-Ufer durchbrachen unsere Truppen die russischen Stellungen nordwestlich von Jankobad. Bisher sind über 1000 Gefangene und mehrere Geschütze als Beute gemeldet. Westlich des Schira-Sees (Magdonien) heftete ein französischer Angriff.

Letzte Depeschen.

Ordensauszeichnung an Ludendorff.

WTB. Berlin, 21. September. Der „Reichsanzeiger“ meldet: Dem General der Infanterie Ludendorff, erstem Generalquartiermeister à la suite des Niederösterreichischen Infanterie-Regiments Nr. 39, ist das Großkreuz des Roten Adler-Ordens mit Eichenlaub und Schwertern verliehen worden.

Bulgarischer Heeresbericht.

WTB. Sofia, 20. September. Amtlicher Heeresbericht. Magdonische Front: An der Tscherna Stena und nördlich Bistola mächtiges Störungsfeuer. Im Cerna-Bogen zeitweise unterbrochenes lebhaftes Geschütz- und Mörserfeuer. Am Nordhang der Gruscha Planina wurde eine heftige englische Abteilung in der Nähe des Dorfes St. Anasil durch Feuer zerstreut. Wir machten einige Gefangene. An der übrigen Front schwache Gefechtsaktivität. Rumänische Front: Westlich Jilacea hartes Geschützfeuer.

Türkischer Heeresbericht.

WTB. Konstantinopel, 20. Sept. Amtlicher Tagesbericht: In der Kaukasusfront wurden Unternehmungen härtester feindlicher Patrouillen abgewiesen. Sonst nichts von Bedeutung.

Zum letzten deutschen Fliegerangriff auf Dänemark.

WTB. Bern, 21. September. Der „Temps“ meldet aus Dänemark: Die letzten deutschen Fliegerangriffe forderten erneut zahlreiche Opfer, darunter eine ziemlich große Anzahl französischer, belgischer und englischer Soldaten. Durch eine einzige Bombe wurden acht Personen getötet. Der Fliegerkommandant beschloß, infolge der großen Opfer an Menschenleben der bedürftigen Bevölkerung die Erlaubnis zu erteilen, die Armeezone zu verlassen. Mehrere Eisenbahnzüge sind mit Flüchtlingen ins Hinterland abgegangen.

Zum Abbruch der Beziehungen Argentiniens zu Deutschland. WTB. Buenos Aires, 20. Sept. Die „Central News“ melden: Der Beschluß des argentinischen Senats, die Beziehungen zu Deutschland abzubringen, wurde mit 23 gegen 1 Stimme gefaßt.

(Letzte Depeschen siehe auch Seite 4.)

machte Frankreich einen sofortigen Sieg unmöglich. Im letzten Winter habe der Generalstab keine Jahrespläne freilassen wollen, um die zahlreichsten Überlegenheit vorzeitig Projekt über den Gegner zu behalten. Die französische Offensive vor Verdun hätte wahrscheinlich nicht stattgefunden, wenn der Generalissimus gewußt hätte, welchen Ausfall das Ertrinken der diesjährigen Ernte infolge Mangels an landwirtschaftlichen Arbeitsern aufweisen würde. Die jetzige Kriegsformel lautet: „Si God a e“. Im jetzigen Krieg werde diese Arme vernichtet, so lange ein Land sie ernähren und verproviantieren könne. Wenn das Land nachgäbe, werde auch die Arme nachgeben. Mit Kohlen, Brot und Granaten könne man dem feindlichen Widerstand leisten, auch wenn er um mehrere hundert Kilometer vorzürücken sollte. Es sei dringend notwendig, dreimal so viele Arbeiter als Mann für landwirtschaftliche Arbeiten freizusetzen.

Der Deputierte Brunet erklärte, man dürfe vom Frieden nur dann sprechen, wenn man nicht erschöpft und entmutigt sei.

Die Papstnote sei von Deutschland inspiriert gewesen.

Der Deputierte Groussin erwiderte heftig, dies sei unwahr, die Papstnote sei das Gegenteil der deutschen Friedensvorschlüge. Renaudel beständiglich Painlevé, daß er nur von Elia-Verträgen, nicht aber von linken Heineyer gesprochen habe. Brunet forderte, Frankreich solle dem Papste seine Freundschaft mitteilen. Der Deputierte Sorel erklärte, die Verproviantierung Frankreichs werde immer schwieriger. In diesem Jahr habe man einen Ausfall von 48 Millionen Doppelzentner Getreide. Der Kneber bezweifelte, daß die Regierung den Ausfall durch Einfuhrern bedenken könne. Im Vorjahre habe man kaum 24 Millionen Doppelzentner einführen können. Wie werde es heuer angesichts des verschärften U-Boot-Krieges gehen. Die Reden Painlevés und Ribots wurden häufig unterbrochen. Brunet rief am Ende der Rede Painlevés: „Das alles hat Reich und uns auch geschadet.“ Zum Schluß erklärte Renaudel, die Sozialisten hätten nicht aus Antipathie an dem Kabinett nicht teilgenommen. Die Sozialisten wollten wissen, ob das Programm des Kabinetts demjenigen der Sozialisten entspreche. Ribot sei weniger weit gegangen, als Painlevé. Es scheine, daß Painlevé jetzt nicht wagen wolle, welches die Kriegsziele Frankreichs seien. Ob man denn abwarten wolle, bis Deutschland militärisch gerichtet sei, um die Bedingungen des Rechtes beizulegen, wenn man nicht einmal wisse, ob Deutschland sie annehmen werde. (Vehemente Bewegung und Ruf im Zentrum und auf der Rechten.) Die ministerielle Krise sei erfolgt, weil das Volk gefordert eine fruchtbarer Kriegsführung forderte. Das Kriegs-kabinet Painlevés entspreche der Weiterforderungen nicht; es besthe aus lauter alten Männern, deren Verdienst es sei, sich in Friedenszeiten Ministerportefeuilles in die Hand zu spielen zu haben. Renaudel verlangte Johann von Painlevé, er solle sein Verprechen aus der letzten Gefühlsmitteilung halten Seine Erklärung mache nicht den Eindruck, daß die Regierung tatkräftig sei. Die Sozialisten würden sich der Abstimmung enthalten, nicht um die Regierung zu hüten, sondern um abzuwarten. — Bei der Abstimmung über die Tagesordnung enthielten sich 160 bis 170 Sozialisten der Stimmabgabe mit Ausnahme von Bosh und Lamadin, sowie etwa sechzig radikale Sozialisten.

Eine neue französische Schandtat gegen deutsche Gefangene.

Kriegsbriefe aus dem Westen. Telegramm unseres Kriegsberichterstatters. (Unveränderlich Nachdruck, aus auszusammeln, verboten.)

Frangruppe Deutscher Kronprinz, 11. Sept. Ein in französischer Hände gefallener Offizier, dem es gelungen ist, sich wieder zu seiner Truppe durchzuschlagen, meldet die folgende ungeheuerliche Schandtat, welche die Franzosen bei den letzten Verdun-Kämpfen verübt haben: Der Offizier war mit seinen Deuten in einem Unterstand in der Gegend des Jolles-Waldes gefangen genommen worden. Einzelne wurden in einem französischen Sergeant-Major vorgeführt, der nach kurzem Verhör zu jedem der deutschen Soldaten sagte: „E u i, W i l h e l m a d, D o n a u o n t“, wobei er ihnen die Flaggen mit der Hand wies. Wenn die Gefangenen 10 bis 20 Schritte weit gelangten, so legte der Sergeant-Major sein Gewehr auf den Boden, schloß es von hinten nieder und schlug ein lautes Geschütz a n, wenn sie zusammenbrachen. Nachdem er schon vier Gefangene auf diese Weise ermordet hatte, sagte er zu dem Offizier, der verwundet und waffenlos die Niederwerfung seiner Deute hatte mitansehen müssen: „E u a u d, O f f i z i e r!“ Da rief der Verwundete seinen Waisentoch an, sagte dem Sergeant-Major die Brust und rief: „E n o r b e m i c h m e n s c h e n s a n n e n, m e n n d u m i e r m o r d e n“

...wären, was, daß je aber auf jeden Fall den Frieden und die alte traditionelle Freundschaft mit Deutschland zu erhalten wüßte, daß aber bis dahin überhaupt noch nichts angeordnet worden sei. Am 29. Juli nachmittags folgte die Unterredung mit dem Generalleutnant J a n u s s e w i t s c h. Dieser erklärte, daß noch immer feindliche Mobilmachungen vor sich zu gehen, daß aber die russische Artillerie sich nicht mit ihrem Geschütz, sondern mit den Kanonen, die sie von den russischen Besatzungen über die russische Mobilmachungen vor sich, hat mit der General Artillerie Besatzung seines Geschütztes an. Ich lehnte dieses mit dem Bemerkten ab, daß mit keine mündliche Verständigung genügt.

Ich war der Auffassung, daß ich in der Befundung meines Zweifels nicht weiter zu gehen brauche. Wenn Janussewitsch hätte keine Angaben beibringen können, würde mein eigenes Wort genügt haben, um den Sachverhalt klarzustellen. Der General zog darauf seine Uhr, welche fast, daß es gerade 8 Uhr war, und bemerkte:

„Wenn ich später herausstellt, daß ich Ihnen die Unwahrscheinlichkeit gelagt habe, so können Sie vor aller Welt behaupten: Am 29. Juli 1914, 3 Uhr nachmittags, hat mich der Chef des russischen Generalstabes belogen!“

Janussewitsch behauptet, auch ihm lägen Nachrichten über Mobilmachungsangelegenheiten in Deutschland vor. „Der Ton der Unterhaltung“, berichtet Herr von Engelung weiter, „blieb zwar durchaus verbindlich, was aber den ersten Eindruck als bei dem Gespräch mit Ludowikow. Ich fordere den General nicht vorzutragen, daß ich mich getäuscht fühle.“

Türkische Reformpläne und Reformen.

Konstantinopel, 19. September. (Melbung der Telegraphen Agentur.) Die Zusammenkunft des Kaisers für Einheit und Fortschritt wurde heute unter Vorsitz des Großvezirs mit einer kurzen Ansprache desfelden eröffnet.

Hierauf verlas der Generalleutnant der Partei für Einheit und Fortschritt Widhat Schürrli den Jahresbericht, aus dem folgendes hervorzuhellen ist:

Der heutige Kongreß wird inmitten der durch den Krieg hervorgerufenen Nöte eröffnet. Es liegt auf der Hand, daß ein dreißigjähriger Krieg Entbehrungen für ein Land mit sich bringen muß, dessen soziale Organisation und Verkehrsmitel nicht ausgebaut waren. Die allgemeine Kriegslage gestaltet sich immer günstiger für die Gruppe unserer Verbündeten, was unsere Verzeugung stärkt, daß das Ende des Krieges uns sprichwörtliche Ziele und Vorteile verschaffen wird, und deshalb darf man unsern Anstrengungen, welchen Umfang sie auch annehmen mögen, nicht für übertrieben halten.

Der Bericht geht hierauf zur Besprechung der russischen Revolution über und führt aus, daß auf den Trümmern des imperialistischen Jansenismus eine revolutionäre Regierung gegründet wurde, die die Idee einer Eroberung, welche einen Angriff auf unser Leben darstellte, aufzugeben zu haben schien, weshalb sie mit Sympathie aufgenommen wurde.

Bei der Erweiterung der finanziellen, wirtschaftlichen, sozialen und Unterrichtsmassnahmen

hebt der Bericht hervor, daß die Bank für nationalen Kredit mit einem vom Lande aufzubehaltenden Kapital von 4 Mill. und 40 Mittelsklassekapital mit einem solchen von 7-8 Mill. gegründet wurden. Zur Bekämpfung von Epidemien und von in einzelnen Gegenden herrschenden Krankheiten wurden Maßnahmen technischer und sozialer Art getroffen, denen das Aufheben der Epidemien zu danken ist. Die Unfälle und das Mangel an öffentlichen Anlagen wurden mehr gehaltener. Die Erhebung des Verkehrs wurde durch Einführung moderner landwirtschaftlicher Maschinen und Arbeitskräfte auf eine breite Grundlage gestellt. Zur Förderung der nationalen Industrie wurden in der Provinz Studien angelegt.

Zur Förderung des Schiffstammangeles in der Handelsflotte wurde die Erlaubnis erteilt, das für den Schiffbau notwendige Holz ohne Entgelt zu fällen. Die Ausbeutung der Gruben wurde durch den Krieg nicht eingeschränkt. Mehrfach wurden Schulzeiseln und Konzeptionen verkleinert. Für das Erzgebiet von Ereğli wurden Bergbau-Inspektoren und Inspektoren bestellt und der Betrieb geregelt. Die Entwicklung des höheren Schulwesens nimmt den vorgeschriebenen Verlauf. Im Laufe dieses Jahres wurde ein Kongreß unter der Präsidentschaft eines der angesehensten Universitätslehrer. Aus verschiedenen Bundesgebieten wurden junge Leute zur Bekämpfung ihrer Studien nach Europa geschickt und mehr als 500 Kriegswaisen befanden sich in europäischen Familien zur Erlernung von Handwerk. Auch die Ausgestaltung der Rechtspflege bildet einen wesentlichen Bestandteil der im Angriff genommenen Reform. Die Strafrechtspflege wird reorganisiert. Da die bürgerliche Gesetzgebung den gegenwärtigen Bedürfnissen nicht mehr entspricht, betraute die bereits eingeleitete Kommission für die Kodifizierung des Zivilrechts einen Untersuchungsausschuss mit dem Studium der Durchführungsbedingungen des neuen Gesetzes.

Neben diesen Studien werden Gelehrtenwürde für eine weitere Verbesserung und Modernisierung der Rechtspflege ausgearbeitet. Nach Ungarn und Bulgarien wurden Verbindungen zum Studium der Kommunalorganisation und der Volksschulung entsandt. Auf Grund der Arbeiten dieser Verbindungen wird die Regierung der Kammer Gelehrtenwürde betreffend das Gemeinwesen und eine allgemeine Volksschulung unterbreiten. Zur Schaffung eines Statistischen Amtes wird ein Sachmann aus Deutschland berufen werden.

Der Bericht zählt schließlich die während des Krieges in Angriff genommenen bzw. ausgeführten Strafen und Ehrenabnahmen auf und entwirft einen allgemeinen Plan für weitere Bauten.

Nach Beendigung des Berichts wurde zur Wahl des Bureau des Kongresses geschritten. Großvezir Talat Pascha wurde zum Präsidenten, Midhat Schürrli bei und Hussein Pascha wurden zu Vizepräsidenten gewählt.

Vermischte Kriegsnachrichten.

Ein unerbittlicher Kanonier.

Während der heftigen Kämpfe im Westen liegt in der Nacht vom 6. auf den 7. Juni 1917 die 6. Batterie eines österreichischen Feldartillerie-Regiments unter schwerem feindlichen Feuer. Besonders rührt das Feuer auf dem linken Zuge der Batterie, auf den sich der Gegner ansetzt bei Lage genau eingeschossen hat und dem er jetzt mit zerlegtem Feuer bedroht. Am ummöglichen Verluste zu vermeiden.

ist die Bedienungsmannschaft dieses Zuges getrimmt herausgezogen worden und beabsichtigt aus rückwärtigen Granatstrichern das schaurigste Schauspiel der nächtlichen Beschießung. Ununterbrochen schlagen die schweren Granaten in gewaltiger Detonation in der Nähe der Geschütze ein, und einem glühenden Zerstörer ist es zu verdanken, daß beide Geschütze noch unversehrt sind, als plötzlich die Kanonen der beiden gegenüberliegenden Granaten die Granaten in die Bedienungsmannschaften, an die Geschütze zu schießen; einige bei den Geschützen liegende Munitionskapsel sind bereits infolge der Beschießung in Brand geraten und gefährden die Umgebung. Da stürmt der Kanonier K l e i t z e aus Beifrieden folgend, nicht ahnend der fortgesetzt neben ihm einfallenden Geschütze und der ihm von den trennenden Munition drohenden Gefahr, als Erster an sein Geschütz und reißt durch sein gutes Beispiel, was schon mehrmals, seine Kameraden mit ihm fort. Erst bei andauernden schweren Beschießung hält die Bedienung tapfer aus, wobei sich wiederum Kanonier Klette durch seine unerschütterliche Ruhe und feste Entschlossenheit auszeichnet und durch seine vorbildliche Haltung und seine ermunternden Zurufe seine Kameraden zum Aushalten anfeuert.

Wie schon in mancher Lage seit Beginn des Krieges, so zeigt auch bei dieser Gelegenheit Klette Gelassenheit, Umsicht und Entschlossenheit und leistete darüber seiner Batterie und dem Bataillon vorzügliches Dienste.

Das Arbeitspensum des preussischen Landtages.

Bekanntlich ist der preussische Landtag in diesem Frühjahr nur vertagt worden. Die Folge davon ist, daß noch eine große Reihe von Vorlagen und Anträgen aus dem verstorbenen Tagungsabschnitt ihrer Erledigung harren. Von Vorlagen der Regierung gehört hierzu in erster Linie der Entwurf eines Fideikommissgesetzes, das die Kommission des Abgeordnetenhauses bereits durchberaten hat, sowie die vom Abgeordnetenhause erledigten, aber zum Herrnhause noch nicht in Angriff genommenen Entwürfe eines Schenkungsantrages, eines Gesetzes zur Förderung der Stadtkassen, des Wohnungsgesetzes und des Gesetzes über die staatliche Verkürzung zweier Hypotheken. Einblitz ist zu nennen der Gesetzentwurf wegen Änderung des Anfechtungsgesetzes, der zuerst dem Herrenhause vorgelegt, aber von diesem noch nicht beraten ist.

Sehr groß ist die Zahl der Anträge von Mitgliedern des Abgeordnetenhauses, die noch zu erledigen sind. Bereits vorberaten in Kommissionen sind der fortschrittliche Antrag betreffend Zulassung von Frauen zu höchsten Verwaltungspositionen und Stützungsvorständen, der nationalliberale Antrag auf Ergänzung des Kommunalabgabengesetzes und die gleichlautenden Anträge verschiedener Parteien betreffend die Förderung der Fischerei, insbesondere der Seefischerei und den Verkauf von frischen Fischen. Noch nicht beraten sind u. a. der nationalliberale Antrag betreffend Verminderung der Gebühren und Steuern nach dem Kriege, ein konservativer Antrag betreffend die Katastrophenschäden für Hausarbeiter, ein weiterer konservativer Antrag betreffend Vertretung des Kleinhandels in dem Vorstand des Kriegererziehungsausschusses und des Handels und des Kleinhandels in dem Beirat des Reichsanwalts des Innern zur Übertragung von der Kriegs- zur Friedensgerichtsbarkeit, der nationalliberale Antrag betreffend Erneuerung der in Zusammenhang des Herrnhauses, der gemeinsamen von den Konservativen, den Fortschrittlichen und dem Zentrum gestellte Antrag betreffend die Zulässigkeit des Reichs und der Bundesstaaten in Steuer- und Schenkungsangelegenheiten, der fortschrittliche Antrag betreffend Erneuerung des Beamtenrechts und betreffend die rechtliche Regelung des Arbeitsverhältnisses der Staatsarbeiter und Angehörigen.

In Kommissionen befinden sich u. a. der nationalliberale Antrag betreffend die Lösung von Disziplinarmitteln, die gemeinsamen Anträge verschiedener Parteien betreffend Offenlegung der Dienstlisten der Beamten, der fortschrittliche Antrag betreffend das Haftverfahren, der nationalliberale Antrag betreffend die Befreiung der Flüchtlingskinder vom Reichsanwaltsamt, der fortschrittliche Antrag betreffend Einbürgerung des Fremden und Angehörigen des Reichs des Flüchtlingsgesetzes und die Anträge betreffend die Nichtberufung von Schlichter aus Vorständen und betreffend Vergütung für höhere Schüler, die in den Dienst eintraten und zu einem technischen oder landwirtschaftlichen Beruf übergehen wollen. Wenn man in Erwägung zieht, was für bedeutende Vorarbeiten bereits seitens der Regierung angefallen sind, so wird man nicht sehr gehen in der Annahme, daß der bevorstehende Tagungsabschnitt alle vorerwähnten Anträge in der Beschlusseinstellung in der ersten Einberufungstagung zum Abschluss bringen wird.

Deutsches Reich.

Ein weiterer Nachtrag zum Reichshaushaltsetat.

Entwurf einer vierten Ergänzung des Belohnungsgesetzes.

Berlin, 20. Sept. (Amtlich.) In der heutigen Sitzung des Bundesrats gelangten zur Annahme der Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Feststellung eines zweiten Nachtrags zum Reichshaushaltsetat für das Rechnungsjahr 1917, der Entwurf einer vierten Ergänzung des Belohnungsgesetzes, der Entwurf einer Bekanntmachung über die Geltendmachung von Ansprüchen von Personen, die im Ausland ihren Wohnsitz haben, der Entwurf einer Bekanntmachung, betreffend die Prüfung des Wechsel- und Scheckrechts für Krieg-Vorbringen und der Entwurf von Bestimmungen über die Verwendung von Reichsmitteln für Zwecke der sozialen Kriegsinstandhaltung.

Zur Neuordnung des amtlichen Briefdienstes

schreibt die „Düsseldorfer Zeitung“: „Außer den offiziellen Briefstellen des Auswärtigen Amtes hat der neue Staatssekretär Herr von Bülowmann noch eine persönliche Stelle geschaffen, die den Verkehr zwischen ihm, der Presse und den Parlamentarier vermitteln soll. Als Leiter dieser Stelle hat er, wie dies im Auswärtigen Amt von jeher geschehen ist, seinen Nachmann, sondern wiederum einen D i e t l e r, den Mannheimer Museumsdirektor Dr. W i s e r t, den Herr v. Bülowmann schon als Gelehrten im Haag beschäftigt, nach Berlin berufen.“

Wir haben bereits gelegentlich der Erneuerung des Reichs-

hafts beim Reichsanwalts darauf hingewiesen, daß man nach Umfassung des Kanzlers zwar ansehender feiner Sachkenntnis bedarf.

Halle und Umgebung.

Halle, den 22. September 1917.

Mord.

Bis 1000 Mark Belohnung.

Wie schon kurz gemeldet, ist in der Nacht vom Donnerstag, den 20. September, in Scheibitz der Polizeigeant Hermann Wirth ermordet worden. Nach den bisherigen Feststellungen ist Wirth in der Nacht zwischen 1 und 2 Uhr von der Polizeiwache im neuen Rathaus nach dem in geringer Entfernung befindlichen alten Rathaus gegangen, wahrscheinlich, um dort eine Uhr aufzugeben.

Im alten Rathaus befindet sich eine Kriegsstube um lagern aus zahlreicher Lebensmittellieferanten. Als früh gegen 5 1/2 Uhr eine dort tätige Frau den Wirth auf der Erde liegend sah, hat sie die Polizei alarmiert und hat sofort die Wohnung des Polizeigeanten zum Schutz der Leiche abriegeln lassen. Die Leiche wurde auf einer großen Zahl Stühlen, umgeben von einem Haufen aus Polizeigeanten und seinen Wörtern, die eine heftige Kämpfe mit Wirth gefahren zu haben, bei denen sich Wirth selbst verletzt haben mußten. Beim Verlassen des Rathauses schienen die Täter das an ihren Händen zahlreiche Blutspuren darauf zu haben, welche sie auch nicht ausschließen, daß die Täter selbst Schusswunden oder andere Verletzungen beim Kampf davongetragen haben. Im Tatort ist ein einseitig von einem Täter herkommendes H e m d, aber K r a g e n, Knöpfe mit umklappbaren Fäden, mit einer grauen Stoffe, aber einer Glaslinse, bei auch als Mannschleppentopf gebildet haben kann, gefunden worden. Ferner hat sich am Tatort eine deutsche Stiefelpaar von 28 bis 30 Zim. Länge vor, angeschlossen von einem Militärschiffel herkömmt, denn die Sohle und der Absatz hat stark mit feinsten eigenen Sanden versehen. Knopf und Stiefelsohlenabdruck können bei der Staatsanwaltschaft Halle beschlagnahmt werden.

Der Mord hat nicht zwei sehr brave Soldaten von mittlerer Größe, von denen einer größer als der andere ist.

Nachts gegen 2 1/2 Uhr hat eine Frau die in Scheibitz an ihrem Heule vorbeigehen sehen, als sie sich laut unterhielten und einer die Worte „Da habe ich von oben“ über schallig lautend geäußert. Dabei hat eine Handbewegung von oben nach unten gemacht, als ob er zeigen wollte, wie er mit einem Messer zugehen habe. Die beiden Soldaten sind dann die Hauptstraße in der Richtung nach U t t e r b e r g h u s weitergegangen, wo sich ihre Spur verlor.

Nach den bisherigen Feststellungen muß angenommen werden, daß sich die Täter mittels Nachschlüssels oder Diebstahls Zutritt in das Rathaus verschafft hatten, um dort einen Diebstahl zu begehen, wobei sie von dem Polizeigeanten überführt worden sind.

Gestohlen ist bisher nichts. Unter dem Hinweis auf die ausgelegte hohe Belohnung wird um weitgehendere Mitwirkung des Publikums zur Ermittlung der Täter gebeten.

Die Einwohner von Scheibitz und Umgebung, ebenso von Zeitz, Halle und anderen nahe gelegenen Ortschaften, auch Zimmervermieter, Inhaber von Herbergen und Gasthöfen werden dringend um Mitwirkung ersucht. Selbst kleine Wahrnehmungen sind häufig von größter Wichtigkeit. Nichts ist höher den Tätern auf dem Wege von Scheibitz nach Zeitz bis zum Blut gereinigt und dabei Aufmerksamkeiten oder ähnliche Sachen lassen. Sachdienliche Meldungen nimmt die Kgl. Staatsanwaltschaft Halle zu S. 2448/17, die Kriminalpolizei in Halle und Zeitz, die Polizeiverwaltung entgegen.

Der halleische Verband für die Erforschung der mitteldeutschen Bodenschätze und ihre Verwertung.

Ein beauftragter Verein soll unter diesem Namen am nächsten Mittwoch in Halle gegründet werden. Zu der Versammlung, die nachmittags 4 Uhr in der Aula der Universität stattfindet, sind außer den Sachverständigen auch die Spitzen der Behörden eingeladen. Der Herr Oberpräsident wird, wie er mitteilte, an den Verhandlungen wahrscheinlich persönlich teilnehmen, das Kultusministerium und Handelsministerium Vertreter senden.

Der Plan einer unigenen Stilllegung und Zusammenarbeit der naturwissenschaftlichen Universitätsinstitute mit den Kreisen des Bergbaus und der Industrie ist in gemeinsamen Beratungen des Königlich Oberbergamtes mit einer von der Philosophischen Fakultät eingesetzten Kommission und Vertretern industrieller Werke eingehend erörtert worden. Dabei hat man sich auf eine Anzahl Beschlüsse geeinigt.

Näheres wird später von uns berichtet werden.

Apollo-Theater.

Es ist eine alte Erfahrungswelt, daß auch die wunderlichsten Kombinationen von Menschenbegehrungen, wie sie von unseren Romanhelden erdacht worden sind, von den Dämonen des Lebens selbst oftmals übertrifft werden. So ist es auch wohl möglich, daß betrieblige Zufälligkeiten und Vermischungen, wie die Operettenposse „Man lebt ja nur einmal“ von Walter Grede, zu des Vor S e h m i t z und W e l t e r S o m m e r e l d eine solche und lebendige Welt geschaffen haben, in die alle unsere Sinne verfallen. Das „Parade“, das die Dinge durcheinanderwirft, um sie zum Schluss sein lassen, wie wieder auf ihre Plätze zu stellen, ist der Herr Herr Wilhelm Grede, der, siebenmal gelacht, Herr Dr. S e h m i t z b e i d e r Gelegenheit hat, sein überprüfendes Temperament, seine Fähigkeit jeder Situation sich anpassen zu lassen, seinen Eigenwillen, seine mündliche Ausdrucksfähigkeit in bester Form zu stellen. Er überwindet „Spielerei“ auch die gefährlichsten Ueberlegungen, und Worte verfallen, da hilft eine sprechende Gestalt, die in der Vorstellung über den vernehmen machenden

Die Antwort der Kaiserlich deutschen Regierung auf die Friedenskundgebung S. H. des Papstes.

Berlin, den 21. September 1917. (Amtlich.)
Die Antwort der Kaiserlich deutschen Regierung auf die Friedenskundgebung S. H. des Papstes lautet wie folgt:
Berlin, 19. September 1917.

Seiner Eminenz

haben die Gerechtigkeit gehabt, Seiner Majestät dem Kaiser und Königin, meinem Allergnädigsten Herrn, mit Schreiben vom 2. v. M. eine Kundgebung Seiner Heiligkeit des Papstes zu übermitteln, worin Seine Heiligkeit voll Nummer über die Verbesserung des Weltfriedens einen eindringlichen Friedensappell an die Staatsoberhäupter der freigebliebenen Völker gerichtet.

Der Kaiser und Königin hat gerührt, mit dem Schreiben Seiner Eminenz Kenntnis zu geben und mit der Beantwortung aufzutreten.

Seit geraumer Zeit verfolgt Seine Majestät mit hoher Achtung und aufrichtiger Denksucht die Bemühungen Seiner Heiligkeit, im Geiste wahrer Unparteilichkeit die beiden des Krieges nach Kräften zu lindern und das Ende der Feindseligkeiten zu beschleunigen. Der Kaiser erblickt in dem jüngsten Schritte Seiner Heiligkeit einen neuen Beweis edler und menschenfreundlicher Gesinnung und hegt den lebhaften Wunsch, daß zum Heile der ganzen Welt dem päpstlichen Ruf Gehör beizumessen sein möge.

Das Schreiben des Papstes Benedikt XV. eine Verständigung unter den Völkern anzubahnen, konnte um so lieber auf sympathische Aufnahme und überaus wohlwollende Unterstützung durch Seine Majestät rechnen, als dem deutschen Volke und der Welt die Segnungen des Friedens zu erhalten. In der ersten Thronrede bei Eröffnung des Reichstages am 25. Juni 1888 gab der Kaiser, daß die Liebe zum deutschen Heere und seine Stellung zu demselben ihm niemals in Betrachtung führen würden, dem Lande die Wohlthaten des Friedens zu verkünden, wenn der Krieg nicht eine durch den Angriff auf das Reich oder dessen Bestandteile aus aufgedungenen Notwendigkeit wurde. Das deutsche Heer solle aus dem Frieden und wenn er dennoch ausbrechen würde, infolge seiner, ihm mit Ehre zu kämpfen. Der Kaiser hat das Gedächtnis, das er 26 Jahre lang regierende Regierung, aller Anfeindungen und Beschuldigungen ungeachtet, durch Taten erhärtet. Auch in der Strafe, die zu dem gegenwärtigen Weltbrand führte, ist das Schreiben Seiner Majestät bis zum letzten Augenblick dahin gegangen, den Streit durch friedliche Mittel zu löshen; nachdem der Krieg gegen seinen Wunsch und Willen ausgedehnt war, hat der Kaiser im Verein mit Seinen hohen Verbündeten zuerst die Bereitwilligkeit zum Eintritt in Friedensverhandlungen freiwillig kundgegeben.

Unter Seiner Majestät Hand in merkwürdigem Wissen zum Frieden das deutsche Volk. Deutschland hätte innerlich der nationalen Grenzen seine Entwicklung seiner geistigen und materiellen Güter, außerhalb des Reichesgebietes ungehinderten Wettbewerb mit gleichberechtigten und gleichberechtigten Nationen. Ein unangenehmes Spiel der feindselig in der Welt miteinander ringenden Kräfte hätte zur höchsten Verwirklichung der edelsten Menschheitsgüter geführt.

Eine unheilvolle Beteiligung von Ereignissen hat im Jahre 1914 einen hoffnungsreichen Entwicklungsgang jäh unterbrochen und Europa in einen blutigen Kampfplatz umgewandelt.

In Würdigung der Bedeutung, die der Ausbruch Seiner Heiligkeit zukommt, hat die Kaiserliche Regierung

nicht verfehlt, die darin enthaltenen Anregungen ernstlich und gewissenhafter Prüfung zu unterziehen; die besonderen Maßnahmen, die sie in enger Fühlung mit der Vertretung des deutschen Volkes für die Beratung und Beantwortung der aufgeworfenen Fragen getroffen hat, legen dessen Ergebnis ab, wie sehr es ihr am Herzen liegt, im Einklang mit den Wünschen Seiner Heiligkeit und der Friedenskundgebung des Reichstages vom 19. Juli d. J. brauchbare Grundlagen für einen gerechten und dauerhaften Frieden zu finden.

Mit besonderer Sympathie begrüßt die Kaiserliche Regierung den jehenden Gedanken des Friedensaufbaus, worin sich Seine Heiligkeit in klarer Weise zu der Überzeugung bekennt, daß künftig an die Stelle der materiellen Macht der Völker die moralische Macht des Rechtes treten muß. Auch wir sind davon durchdrungen, daß der kranke Körper der menschlichen Gesellschaft nur durch eine Stärkung der sittlichen Kraft des Rechtes gesund kann. Hieraus würde nach Ansicht Seiner Heiligkeit die gleichzeitige Herabminderung der Streitkräfte aller Staaten und die Einrihtung eines verbindlichen Schiedsverfahrens für internationale Streitfragen folgen. Wir teilen die Auffassung Seiner Heiligkeit, daß bestimmte Regeln und gewisse Sicherheiten für eine gleichzeitige und gegenseitige Begrenzung der Stellungen zu Lande, zu Wasser und in der Luft sowie für die wahre Freiheit und Gerechtigkeit der hohen See die einzigen Gegenseitigen darstellen, bei deren Behandlung der neue Geist, der künftig im Verhältnis der Staaten zueinander herrschen soll, den ersten verheißungsvollen Ausdruck finden müßte. Es würde sich jedoch ohne weiteres die Aufgabe ergeben, auftauchende internationale Meinungsverschiedenheiten nicht durch das Aufgebot der Streitkräfte, sondern durch friedliche Mittel, insbesondere auch auf dem Wege des Schiedsverfahrens entscheiden zu lassen, dessen hohe friedensstiftende Wirkung wir mit Seiner Heiligkeit voll anerkennen. Die Kaiserliche Regierung wird dabei jeden Vorstoß unterstützen, der mit dem Lebensinteresse des Deutschen Reiches und Volkes vereinbar ist. Deutschland ist durch seine geographische Lage und seine wirtschaftliche Bedingnisse auf den seelischen Verkehr mit den Nachbarn und mit dem fernem Ausland angewiesen. Kein Volk hat daher mehr als das deutsche Anlaß zu wünschen, daß an die Stelle des allgemeinen Hasses und Kampfes ein verständlicher und brüderlicher Geist zwischen den Nationen zur Geltung kommt.

Wenn die Völker, von diesem Geist geleitet, zu ihrem Heile erkannt haben werden, daß es gilt, mehr des Eingehens als des Trennens in ihren Beziehungen zu betonen, wird es ihnen gelingen, auch die einzelnen noch offenen Streitpunkte so zu regeln, daß jedem Volk bestmögliche Lebensbedingungen geschaffen werden und damit eine Wiederkehr der großen Völkerverfallkatastrophe ausgeschlossen erscheint. Nur unter dieser Voraussetzung kann ein dauernder Friede begründet werden, der die geistige Wiedergeburt und das wirtschaftliche Wiederaufblühen der menschlichen Gesellschaft begünstigt.

Diese ernste und aufrichtige Überzeugung ermutigt uns zu der Zuversicht, daß auch unsere Gegner in den von Seiner Heiligkeit zur Erödung unterbreiteten Gedanken eine gewisse Anteilnahme finden mögen, um unter Bedingungen, die dem Geiste der Gerechtigkeit und der Gerechtigkeit entsprechen, der Vorbereitung eines künftigen Friedens näher zu treten. Gernheimen Eure Eminenz um.

(Name des Reichstanzlers.)

Seine Eminenz
dem Staatssekretär Seiner Heiligkeit
des Papstes Benedikt XV.
Herrn Kardinal Gaipazzi
Rom.

langer Pause bei Wiederaufnahme größerer Angriffe auf dem östlichen Meeresufer am 18. September sich bei englischen Stürmen nur blutige Verluste geholt hatten, haben die Engländer am 20. September die dritte Flandenoffensive begonnen. Der erste Tag dieser dritten großen Flandenoffensive endete wieder mit einem großen Erfolge der deutschen Truppen.

Der Angreifer setzte das äußerste an Menschen und Material ein. Nach englischem Eingeländnis haben die Divisionen an der übrigen Front auf Abweisung verzichtet, um eine größere Anzahl frischer Truppen für den Sturm bereit zu stellen. Nach der gemalten Artillerievorbereitung der letzten Tage liegen die Engländer unmittelbar vor dem Sturm nur ein ganz kurzes Trommelfeuer voran, das jedoch von unbeschreiblicher Heftigkeit war. Dann brachen die Engländer in vielen Wellen hintereinander mit dicht aufgeschlossenen folgenden Reihen zwischen Dampemard und Hellebeke zum erneuten Angriff vor. Zwischen den Sturmfronten zogen sich rasche Tanks vorwärts, die aus Geschützen und Maschinengewehren unaufhörlich feuerten, während ein Schwarm von Fliegern um die Überlegenheit in der Luft rang. In dem Trichterfeld der Abwehrzonen begann ein erbittertes, zeitweiliges Zuzug. Hier schon wurde die englische Angriffskraft gebrochen. Zwar gelang es den englischen Abteilungen, in Richtung Passchenbalee-Gelände Raum zu gewinnen. Allein in dem Kreuzfeuer der deutschen Maschinengewehre, die plötzlich überall in Fronte und Rücken der Engländer, aus Trichtern und Grabenrinnen auftauchten und unter dem Sperrfeuer der deutschen Batterien geriet auch hier der englische Angriff ins Stoden. Dieser sofort eingeleiteten kraftvoll geführten Gegenwehr waren die Engländer in die Trichterfelder der Abwehrzone zurück. Bereits um Mittag war der englische Angriff überall zum Stehen gebracht. Am Nachmittag waren zwar auf der ganzen Kampflinie neue englische Kräfte im Vorrang gemeldet, es kam jedoch zu keinem neuen umfassenden Vorstoß.

Die Nacht hindurch blieb die englische Artillerie unausgesetzt mit allen Kalibern. Von 4 Uhr morgens an trommelten die Engländer erneut auf äußerstem Munitionsaufwand. Der Infanterieerfolg ist bisher noch nicht wieder aufgenommen worden.

Die englischen Verluste sind enorm. Die Hauptkampflinien trugen Ausfallstrat und Schichten.

(Beste Depeschen siehe auch Seite 1.)

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Börsenstimmungsbild.

Berlin, 21. September. Die Börse bemachte heute auf allen Verkehrsbörsen Zurückhaltung in Ermärkung der morgigen Bekannt zu gebenden Antwort auf die Papstnote. Die aus der Montanindustrie vorliegenden günstigen Jahresabschlüsse, insbesondere der der Bismarckhütte vermittelten, keine geträubte Abwertung zu geben die Umsätze hielten sich in den Hauptwerten wie in den Spezialmärkten innerlich enger Grenzen.

Von den hervorragenden heimisch-wirtschaftlichen Montanpapieren waren Besheimer etwas schwächer, Höpfig und Harpener preisbähter. Weiter lagen Rhein. Stahl, Mameamunröhren, Rapoport, Gagegan, schwächer Siegen-Solinger, Wenden & Scherle und Thomee.

Für Rohstoffe erhielt sich einiges Interesse, namentlich Helbburg, Deutsche Kalk, auch Salzbutir waren in Frage. Rüstungsindustrie-Aktien lagen bei unbedeutenden Preisveränderungen still, Rhein-Metall zeigte leichte Schwankungen, Dynamit lester, Automobilaktien auf behauptet. In der Gruppe der Wertpapiere konnten Bergmann als fest bezeichnet werden, auch Deutsche Gasgesellschaft Amer. U. G. und Schuchardt blieben behauptet. Die Börse erhielt sich für einzelne Terrainwerte, u. a. Stahndorfer und Holzwerkstoffmarkt. Fest lagen auch allgemein Bauzweckwerte in Erwartung guter Aufschlüsse. Höher wurden noch hammonische Wagon, Holzbutir, Ber. Deutsche Petroleum, dagegen Deutsche Erdöl, schwächer. Weiterhin kamen Benz und Spirit, zu erhöhten Kursen in Nachfrage.

Von heimischen Werten sind Leopoldsdahl, Scheidemandel, Zeiger als höher zu erwähnen. Der Schiffbaumarkt behielt überwiegend festes Aussehen bei einigen Schwankungen in Pathefrat und Hanke. Von anderen Transportwerten lehten Heuribahn weiter erhöht ein, geben aber dann merklich nach, was auch von Schantungsbahn gilt. Andere Kolonialpapiere nahen ebenfalls zur Schwäche.

Kauffische Renten waren abgeschwächt. Für österreichische Dividendenpapiere bestand weiter Nachfrage, namentlich für Credit, Francofon und Lombarden. Der Erlauf war lustlos, Tägliches Geld 4 Proz. und darunter, Prindisconto 4 1/2 Proz. und darunter.

Unter den Devisen erfuhr Holland eine wesentliche Aufschwung.

Devisenkurse.

Berlin, 21. September 1916.

Die amtlichen Notierungen für telegraphische Auszahlungen stellen sich an der heutigen Börse in Vergleich zum vorhergehenden Tage in Mark wie folgt:

		Heute		Vorheriger Tag	
		Geld	Brief	Geld	Brief
New York	1 Doll.	209 1/2	209 1/2	201 1/2	202 1/2
Holland	100 fl.	217	217 1/2	217	217 1/2
Dänemark	100 Kr.	240 1/2	241 1/2	240 1/2	241 1/2
Schweden	100 Kr.	217 1/2	217 1/2	217 1/2	217 1/2
Frankreich	100 Fr.	152 1/2	152 1/2	152 1/2	152 1/2
Belgien	100 Fr.	64.20	64.30	64.20	64.30
Spanien	100 Ptas.	80.50	81.50	80.50	81.50
Bulgarien	100 Leva				

Konstantinopel Geld 19.90 Brief 20.00 für ein türkisches Pfund.
Spanien Geld 127.30 Brief 128.50 für 100 Pesetas.

Amerikanische Warenmärkte.

Chicago, 20. Sept. Weizen: Sept. —, Dez. —, Mai —, Mais: Sept. —, Dez. 116 1/2, Mai 116 1/2. Schmalz: Sept. 24.05, Dez. 24.00, Mai 22.87. Rindfleisch: Sept. 43.15, Dez. 43.75, Rippchen: Sept. 24.88, Dez. 24.80, Mai 22.57. Hefe: Sept. 60 1/2, Dez 58 1/2.

New York, 20. Sept. Winterweizen: 228.228. Mais: 210. Weiz: 10.50—10.70. Zucker: 600. Kaffee: 9 1/2.

Verantwortlich für den politischen Teil: Siegfried Dyd für den örtlichen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel Eugen Brinmann; Festschriften, Unterhaltungsblätter, Benachrichtigungen: Hans Kohnert; für den Anzeigenmarkt: Hans Kohnert, Druck und Verlag von Dietrich Bredel, Leipzig i. S. S.

Augenblick hinweg. Herr Rath-Rog wurde im Gemeinderat über die Verhandlungen des Typus des Bergangeheißschmitters recht wirksam herauszufinden. Die beiden Hauptangelegenheiten fanden in den Herren Altmann und Müller schneidige Vertreter. Herr Kämmerer gab seinem Kellner die Bedeutung aufdringliche Bescheidenheit, wie sie dieser Rolle zukommt. Frau Hochberg unterließ die Bescheidenheit bei der Bescheidenheit ständig sich schmeichelnden Lente Gölzente recht deutlich und auch die übrigen Damen, wie die Lichte Vertreterin der Frau Dr. Schenk, die als Konfessionelle: Witz Heller den Seitenmann des Beamten, Seibel begründlich, allzu begründlich erdienen ließ, ferner Frau Balli als Seidens Frau und Frau Scheffler als Paula Winter, die durchaus ein hochmoralischer Band sein soll, geben ihr Bestes um dem jährlich erschienenen Publikum einen angenehmen Abend zu bereiten. Die sorgfältig einstudierten Tänze, besonders aber die eingetragenen Lieber, von denen hervorgehoben seien „Schahis, Schahis, nimm mich hin“, „Ach, du mein Mädel, wie hab' ich dich lieb“ — von dem beliebten Herrn Müller mit Wärme vorgetragen — „Reis, step, step, ich hab' dich lieb“, Berlin, ach Berlin, wie bist du so schön“ und „Wenn lo'n Weib 'nen Weiber hört“ trugen zum vollen Erfolg des Stückes bei. Das Publikum befandete durch reichen Wechsel seine große Freude.

Provinzial-Nachrichten.

Zur Auflösung der Magdeburger Vermittlungszentrale.
Mittwoch, 20. Sept. Die Handelskammer für die Kreis-Verwaltung, Moritz und Heiligenstadt ist nach ihrer letzten Sitzung zur Auflösung der Vermittlungszentrale für Heresortfälle in Magdeburg aus, die seinerzeit von verschiedenen provinziell-jährlichen Handelstammern gegründet wurde, die nach bestimmten Grundbesitzes Heresortfälle an die einzelnen Industrien der Kammerbezirke weiter vergab. Diese Einrichtung habe nicht das erfüllt, was man erhoffte.

Besondere Beachtung fand die geplante von der Handelskammer in Erfurt wieder in Fuß gedachte Errichtung eines Schiffahrtkanals durch Thüringen im Anschluß an das Ebersfelder Ralgebiet. Nach Erörterung des bis jetzt vorliegenden Materials sprach sich die Kammer dahin aus, dieses höchwichtige Projekt unter Wahrung der Interessen ihres Bezirkes weiter zu verfolgen.

Werdau, 20. Sept. (Protokoll der Stadt Werdau gegen den Willen.) In seiner letzten Sitzung hat der Magistrat von Werdau folgenden Protest einstimmig gefaßt: „Der Magistrat, der berufene Vertreter der Stadt Werdau, spricht seine tiefste Enttäuschung über den ihmigen Verlauf des Präsidenten Willens aus, mit seiner Antwort an den Papst das deutsche Volk zum Ver-

rat am Vaterlande und zur Auflehnung gegen Regierung und das angekannte Herrscherhaus zu verleiten. Nur bei einem Mann, der in seiner tiefen Eiferseele kein Verständnis für deutsche Ehrenhaftigkeit und deutsche Treue hat und der ohne jede Gemütsregung den Befehlen seiner selbstwichtigen englischen Herren und einer kleinen Gruppe amerikanischer Goldfuchsen folgt, denen um ihren Geldsack jetzt hange wird, ist ein derartiges Unterfangen überhaupt möglich. Daß es heuchlerisch unter dem bewußt unmoralischen Deckmantel der Zuneigung zum deutschen Volk geschieht, macht keinen Unterschied, nur noch verächtlicher. Das deutsche Volk, das in Wahrheit freies Volk der Welt, erhebt sich in schärfster Abwehr gegen jede Einmischung in seine inneren Angelegenheiten. Treu hält es zu seinem Vaterlande, zu Kaiser und Reich, und kluglich wird jeder Versuch bleiben, es in dieser seiner deutschen Treue wandeln zu machen.“

Auch in der Bürgerchaft unserer Stadt wird eine Kundgebung gegen die Wilson-Note vorbereitet. Eine Verammlung wird am kommenden Dienstag hierüber Beschluß fassen.

Letzte Depeschen.

Die neue große Generaloffensive zusammengebrochen.

WTB. Berlin, 21. Sept. Nachdem die große Generaloffensive der Entente sowohl in Flandern, bei Verdun und am Jura zusammengebrochen war, und die Besetzung nach